

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreifundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 30. Juli 1932

Nummer 61

Nun holt zum letzten Schlage aus!

Am Sonntag schmiedet das deutsche Volk sein künftiges Geschick. Ein Wahlkampf unerhört, wie ihn die deutsche Geschichte noch nie erlebt, liegt dann hinter uns. Millionen Männer und Frauen standen als begeisterte Streiter in der Eisernen Front.

Die drei Pfeile waren das Symbol unseres Kampfes: Aktivität, Disziplin, Einigkeit.

Es geht um die Freiheit!

Hunderte unserer Mitkämpfer haben ihre Treue im Kampfe für die Freiheit mit ihrem Blute bezahlt.

Kein Terror, keine Drohung, keine Lockung vermochte sie irre zu machen. Nun steht ihr am Sonntag am Amboss der Zeit; im Zeichen der Eisernen Front unter dem Banner der Sozialdemokratie.

Sie kämpft für politische Freiheit, wirtschaftliche Sicherheit und geistige Erneuerung.

Schlagt die Reaktion! Die Banner hoch! Vorwärts und durch! Freiheit!

Berlin, den 27. Juli 1932

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front

Sie kämpft für Abwehr eines Schreckensregiments, das politische Abenteuerer mit dem Golde ihrer Gönner aufrichten wollen.

Sie kämpft für die Wohlfahrt der Millionen Hilfsbedürftiger und Bedrängter, für die Opfer der Krise und der Arbeit, für die Kriegsbeschädigten, für alle Alten, Schwachen und Armen.

Der Staat darf nicht zu einer Wohlfahrtsanstalt der Großkapitalisten, der Bankfürsten und der ostelbischen Großgrundbesitzer werden.

Heraus zur Entscheidung! Der Stimmzettel ist jetzt der Hammer in eurer Hand. Gebraucht ihn!

Rüttelt die Gleichgültigen, die Irreführten, die Verzagten auf! Reißt sie mit eurer Begeisterung fort! Formiert die Einheitsfront des kämpfenden Volkes im Zeichen der Eisernen Front: Aktivität, Disziplin, Einigkeit!

Eine psychologische Wählerbetrachtung

Für jeden Wähler soll oder sollte doch die Abgabe seines Stimmzettels das Resultat einer vorausgegangenen geistigen Tätigkeit und der sorgfältigen Prüfung seines Gewissens sein, wodurch er sich über sein politisches Glaubensbekenntnis vollste Klarheit verschafft hat. Ein denkender verantwortungsbewusster Wähler wird denn auch fest auf dem Boden einer selbst durchdachten Überzeugung stehen, die durch keinerlei Tagesmeinungen und Agitationsmacher zu erschüttern ist. Diese Überzeugung wurzelt ihm unverrückbar in feststehenden politischen, weltanschaulichen und sozialen Anschauungen, und sie sind von ihm in klaren und bestimmten Richtlinien formuliert. Er ist sich über seine Stellungnahme zur äußeren Politik klar, er weiß, ob die hier entstehenden Konflikte besser auf dem Weg der Verständigung oder mit Gewalt zu lösen sind, ob er also Pazifist oder Militarist ist. Weiter wird er sich in der inneren Politik entscheiden können über Demokratie oder Diktatur, über Republik oder Monarchie, über sozialistische Planwirtschaft oder kapitalistische Profitwirtschaft, ebenso über alle andern Fragen der Politik und Wirtschaft. An Hand solcher Richtlinien wird es keinem Wähler schwerfallen, die für ihn richtige Partei zu finden, da auf Fragen dieser Art jede Partei offen Farbe bekennen muß.

Leider sind aber Wähler dieser Art stark in der Minderheit, weil, ja weil — auch der Demokrat kann's nicht leugnen — es eben mehr unverständige als verständige Menschen gibt. Aber nur gemacht, ihr Wortgläubigen und Autoritätsanbeter! Trotzdem lehnen wir eure nach dem Dreiklassenwahlrecht geeichte Waage ab, mit der ihr die Stimmen wägen und nicht zählen wollt. Wir wissen aus tausendjähriger Erfahrung, daß eine wie immer geearte Autoritätsüberherrschung stets die Schwächere in einer wirtschaftlich oder militärisch stärkeren Minderheit ist und daher die Staatsmaschinerie, zur Sicherung der Mehrheitsrechte, als unerlässliches Sicherheitsventil der Demokratie bedarf. Ungeachtet dessen bleibt die Tatsache, daß wohl die Mehrheit der Wähler in politischen Dingen kaum eine unbeeinflusste selbständige Entscheidung zu treffen vermag. Wohl bei allen Menschen wirkt im Denken und Tun der Egoismus als wesentlicher und auch naturgewollter Faktor mit, der seine Schwemmungen findet in dem Maß ihrer geistigen und seelischen Anlagen. Während nun ein geistig und sittlich hochstehender Wähler bei seinen politischen Entscheidungen auch die Interessen der Gesamtheit oder der Mehrheit mit erwägen wird, wird die Mehrzahl der Wähler von solchen Erwägungen kaum beschwert sein; hier entscheidet nur der eigene Nutzen. Des-

Wahlparole

Auch du mußt morgen wählen,

Das sei dir heil'ge Pflicht.

Bedenk: Man will dir stehlen

Die Freiheit und das Licht.

Fast nichts ist mehr dein eigen,

Oft kaum ein Stückchen Brot;

Ein wahrer Elendsbreien

Ist diese Zeit der Not.

Laß nicht dein Letztes rauben,

Das auch dein Bestes ist:

Den zukunftsreichen Glauben.

bleib immer Optimist.

Tritt hin zur Urne, sechste

Mit Zubersticht im Blick

Und bann die finsternen Mächte,

Stimm für die Republik.

Und schlag die Demagogen

Aufs Schuldbelad'ne Haupt,

Sie haben stets belogen

Das Volk — das ihnen glaubt.

Dann wird der Dreck auch schwinden,

Der über Deutschland liegt;

Denn Trostsinn muß sich finden,

Wo Recht und Wahrheit siegt.

Es wird das schwerste Ringen,

Das jemals Wähler sahn —

Freisch auf! — Es muß gelingen:

Dem Fortschritt freie Bahn!

Erstaut

Frans Zepper

halb finden wir auch in Sturm- und Notzeiten stets die größten Verschiebungen der Wählermassen, die ohne eigne feste politische Richtlinien directionslos in das Fahrwasser der jeweiligen politischen Konjunkturströmung geraten. Einen klaren Begriff von ihrer neu erworbenen „Überzeugung“ haben sie nicht, ihr geistiges Rüstzeug besteht aus angelesenen und aufgeschnappten Schlagworten: „Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein. Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten kann man ein System (!) bereiten, an Worte läßt sich trefflich glauben, von einem Wort läßt sich kein Sota rauben!“

Mit traffen Beispielen, die ein Bild von der seelischen und geistigen Verfassung vieler Wähler geben, könnte man ganze Bände füllen, und jeder wäre in der Lage, hierzu Beiträge beizuführen. Dabei sind diejenigen noch die Harmloseren, die sich damit begnügen, für die fehlenden Begriffe nur mit Worten zu streiten, wohingegen die robusteren Naturen hierfür die durchschlagenden Beweiskraft ihrer bewaffneten Käufte einsehen. Mit welchem „Erfolg“, lesen wir täglich aus den erschütternden Berichten über die aus solchen Geistesverwirrungen geborenen Ausschreitungen. Ein Einblick in die Psyche weiter Wählermassen läßt erkennen, daß ihre Handlungen und Entscheidungungen nicht ohne dem Einfluß einer auch selbst durchdachten Idee, sondern unter dem nahezu hypnotischen Einfluß einer Psychose stehen. Unzählige, die unter den Riten der Zeit feilschen, stehen unter dem Wahn, daß sie durch Abgabe des „richtigen“ Stimmzettels möglichst schon am Tag nach der Wahl bessere Verhältnisse erzielen können. Niemand wagt ihnen zu sagen, daß diese Verhältnisse stärker sind als der Wille und die Macht ihrer erwählten Partei, sie wollen nur, es soll „anders“ werden und ohne eignen geistigen Kostenaufwand. In der Erkenntnis dieser Dinge könnte man es schon begreiflich finden, wenn es Parteien gibt, die nicht auf dem Weg des gleichen Wahrscheinens ihr Ziel erreichen oder behaupten wollen. Denn in der Psyche der Wählermassen, da lauert verborgen der Feind, von dem Jakob Kuborff sagt: „Der Feind, den wir am meisten hassen, der uns umlagert schwarz und dicht, das ist der Unverstand der Massen, den nur des Geistes Schwert durchbricht.“ Dennoch muß das Ziel heißen: Mit den Massen, für die Massen! Und das Schwert des Geistes muß weiter wirken, um den Unverstand zu besorgen, der die Psyche der Wählermassen gefangenhält, auf daß der Weckruf bei ihnen Gehör finde:

„Aus Qual und Leid euch zu erheben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben!“

Hannover,

T. E.

Pflicht, Vaterland, Wahrheit

Es gibt Volkstheorie, in denen das Wort „Pflicht“ sehr viel gebraucht wird. Es liegt hier vielen beständig auf der Zunge; gewöhnlich wird es andern mit einem Ton der Selbstgefälligkeit vorwurfsvoll entgegengesagt. Stets ist man darauf aus, bei seinen Mitmenschen das Nichterfüllen von Pflichten festzustellen, um dann bald polternd und roh, bald ernst und salbungsvoll mit vielen Vorwürfen und Ermahnungen bei der Hand zu sein.

Vielleicht spricht der Deutsche besonders viel und gern von Pflichten und Pflichtenerfüllen. Er hat ja auch noch eine andre Untugend: er spricht mehr als irgendein andres Volk von Nationalbewußtsein, Patriotismus, Vaterlandsliebe und, wenn es ganz selbstbewußt ausgedrückt werden soll, von Rassegefühl. Auch hier ist stets überlegertes Jähgier, düstere Selbstüberhebung der Ausgangspunkt von Vorwürfen oder sogar Herabsetzungen, mit denen man nicht sparlam umgeht. Es kommt sehr häufig vor, daß diejenigen, die so gern von Pflichten reden, die von andern erfüllt werden müssen, gleichzeitig auch die National- und Rassegefühle — so wie sie es auffassen — sind.

Nun ist es so mit dem Menschen, der noch natürlich und vorurteilslos empfindet: von den geistig-seelischen Empfindungen und Willenstrrieben, vor denen eine hohe Ehrfurcht gefühlt wird, spricht man nicht gern. Es ist eine gewisse Eshen lebendig, die fürchtet, durch zu leichtfertigen und zu häufigen Gebrauch „das Erhabene in den Staub zu ziehen“. Zu allen Zeiten sind Menschen, die wirklich ganz wußten, was es bedeutet, Pflichten zu erkennen und zu erfüllen, still und bescheiden ihren Weg durchs Leben gegangen. Und dieser ihr Weg war ein Weg der Taten tiefsten und stärksten Pflichtbewußtseins. Geprosen haben die Großen im Pflichterkenntnis und Pflichtausüben allemal selten und meist nur innerlich widerstrebend von Pflicht.

Und ähnlich ist es mit dem Nationalbewußtsein oder besser gesagt, der Vaterlandsliebe oder dem Verbundenheitsgefühl mit Volk und Staat. Wer weiß, warum es sich dabei eigentlich in Wahrheit handelt, spricht nicht davon, wenigstens nicht lärmend und sich vordrängend, wie es die Übernationalisten tun, die mit Hochmut und Berachtung auf ihre Volksgenossen blicken und schier alles, was sie fagen, mit einem nationalpolitischen Phrasenschwall umgeben. Goethe, dessen Gedächtnis wir jetzt haben, hat sich mit nationalen Worten niemals hervorgeraten, trotz seiner in mehrfacher Hinsicht führenden Stellung im Staat und der damaligen Geisteswelt. Das paßt den heutigen Phrasenationalisten ganz und gar nicht in den Kram. Mit Goethe können sie nicht fischen gehen, wenn sie für ihren krankhaften, unzulässigen, selbstüberheblichen Nationalismus werden. Der Geist eines Goethe war zu weltumspannend, zu welt- und menschenverzehrend, zu tief und stark und einheitlich; er ließ sich nicht im engen Kreis des Nationalen bannen, selbst in schwerer Zeit nicht, wie sie auch damals über Deutschland lag.

Heute geht eine im höchsten Grad krankhafte nationalpolitische Bewegung durch Deutschland. In den Reihen dieser Nationalfanatiker ist nichts von Ehrfurcht vor dem Nationalen mehr zu finden. Hier ist alles Raufschrei und lärmende Wildheit geworden. Hier strömt beständig ein brausender, alles niederreißender Strom nationaler Wortschwall durch die aufgereizten Massen der politisch und vielfach auch sonst so Ungeheuren und Denkfahlen. Hier fällt auch auf Schritt und Tritt das inhaltschwere Wort „Pflicht“. In welcher Verbindung wird nicht fortgesetzt vorwurfsvoll und verdammend andern vorgehalten, ihre Pflichten nicht erfüllt zu haben, besonders ihre nationalen Pflichten nicht! Noch nie mußten ernstempfindende Menschen ein so bitteres Gefühl beim Klang des Wortes „Pflicht“ haben als jetzt. Die Arbeiter, die sozialistisch und demokratisch und dabei pflichtbewußt gewerkschaftstreu und treu denken und handeln, werden in einer Weise verleumdete und heruntergerissen, wie es noch wohl keine Zeit erlebt hat. Und um solches verächtliche Tun windet man besonders gern inhaltsleeres Phrasengerant über Pflichten und Pflichtenerfüllen oder Nichterfüllen. Das Nichterfüllen ist stets auf der Seite der Andersdenkenden und das „heilige Pflichterfüllen“ auf der Seite der Übernationalisten zu suchen.

Wenn der Königsberger Philosoph Kant Inhalt und Umfang des Pflichtbegriffs so umschreibt, hat er unsre wärmste und überzeugendste Zustimmung: „Handle so, daß die Maxime deines Willens zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten kann.“ Nichts andres will die freiheitlich und sozial eingestellte Gewerkschaftsbewegung. Und nun frage sich einmal jeder ehrlich: „Wollen die Nationalsozialisten auch nach diesem grundlegenden Wort der Kantischen Philosophie handeln?“ Wenn man sich nur das alberne Fahrenkreuz ansieht und die von keiner ernstzunehmenden Wissenschaft vertretene Rasselehre anhört, ist kein Zweifel mehr darüber möglich, daß es ein großes Unheil bedeuten würde, wenn aus solchem Geist Geheiß für die Allgemeinheit entspringen würden. Hier wehlt man nichts vom Wesen und der hohen Bedeutung der Pflicht, hier kennt man nur Unzulässigkeit, Gewalt, Parteilichkeit, Ungerechtigkeit in jeder Form. Darüber sollte jeder in der heutigen gefährlichen wangeren Zeit täglich, ständig nachdenken. Was im Lager der Fahrenkreuzer mit der Waise der Arbeiterfreundschaft, des Nationalen und des Sozialen nach Macht, nach diktatorischer Alleinmacht kramt, ist vielleicht die größte aller Gefahren, durch die das schwer geprüfte deutsche Volk seit nun bald zwei Jahrzehnten hindurch muß.

Es wird unmöglich sein, in der Gewerkschaftspresse irgendetwas zu finden, was das Pflichtempfinden der Leser ungünstig beeinflussen könnte. Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen erziehen, wo immer sich dazu nur eine Handhabe bietet, zur Pflichttreue, zur Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und zu einem nationalen Volksbewußtsein, das die größte aller Aufgaben kennt, nämlich die, alldem am eignen Ich zu arbeiten und über das eigne Ich hinweg am eignen Volk und Staat. Wer sein Volk wirklich liebt, das heißt auch die großen Massen, die so gern zwar mit Worten anerkannt, tatsächlich aber meistens zurückgewiesen werden, will, daß dieses Volk gut und tüchtig und edel wird. Und dieses Ziel kann nur erreicht werden auf Wegen der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Wahrhaftigkeit.

Selbstbewußtsein, Nationalbewußtsein, Vaterlandsliebe kann man nicht befehlen und auch nicht durch Raufschwall erzeugen, wie der Nationalsozialismus es versucht. Wenn man eine Zeitlang gewissenlos, roh, verlogen alles und jedes heruntergerissen, besudelt und begeißelt hat, wenn schließlich nicht allein mehr mit hohen Worten auszukommen ist, dann erst muß sich zeigen, was in dieser Bewegung an wirklichem Gehalt und Wert steckt. Was Bestand haben soll, muß tiefliche Wurzeln haben, die sich durch nichts lodern lassen. Wo sind diese im Fahrenkreuzlerum? Sie sind nicht da. Es ist unfruchtlich, die Menschen gegeneinander aufzuheben, den Gedanken des Herrtums wieder auszugraben, die Menschen nach Geburt, Beschäftigung, Stand in Klassen einzuteilen. Es ist unfruchtlich, fortwährend und in allen Lagen des Lebens zu versuchen, die Wahrheit zu verbergen und zu verewaltigen. Das ist die Größe an der freien, sozialen und demokratischen Arbeiterbewegung: sie will mit allen Mitteln Wahrheit suchen, Wahrheit erkämpfen, Wahrheit verteidigen, wo sie sich durch Lüge und Feuchtheit einen Weg gebahnt hat.

Der Nationalsozialismus und die Lösung des Arbeitslosenproblems

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die nun schon seit Jahren in Deutschland herrscht, regt unwillkürlich zu der Frage an: „Was haben die Nationalsozialisten bisher zur Beseitigung dieses Übels getan bzw. wie wollen sie die Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen?“ Die Antwort für den ersten Teil der Frage lautet kurz: Nichts; für den zweiten Teil: Schaffung einer Arbeitsdienstpflcht. Im allgemeinen hat man die Überzeugung, daß die Nazis die Arbeitslosigkeit mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln — fördern, denn dieser gewaltigen Not des deutschen Volkes verdanken sie zum großen Teil ihre Erfolge.

Wenn man sich des ersten Ausschlags der Hitlerbewegung erinnert, der damals nur ein drilich begrenzter war und sich in der Hauptsache auf Teile Bayerns und hier wieder im Besonderen auf München beschränkte, so war dies die Zeit 1922/23, die Zeit der Inflation mit ihren schweren Auswirkungen. Die damalige ungeheure Not der Massen wurde von den Agitatoren des „Dritten Reichs“ mit größter Demagogie ausgenützt und brachte den Nazis einen gewissen Ausschlag und trug ihnen den Titel „Inflationspartei“ ein. Als die Inflation vorüber war und einigermaßen geordnete Verhältnisse in Deutschland kamen, war es mit dem Aufstieg der Hitlerpartei zu Ende, und sie war wieder bedeutungslos geworden.

Aber gelernt hatten die Nazis aus der katastrophalen Zeit das eine, daß in solch schwerer wirtschaftlicher Depression ihr Weizen blüht. Ihr Bestreben war es, solche Zustände wieder herbeizuführen. Je länger und schwerer diese waren, desto besser für sie. Daraus ist es auch zu erklären, daß man aus den Reihen der Nazis nie einen Vorschlag hört, der auch nur in etwas einen Weg oder ein Ziel zeigt, wie das deutsche Volk, wie die deutsche Arbeiterschaft aus der Wirtschaftskrise herausgeführt werden könnte. Im Gegenteil, wenn man sich den Ablauf der Geschehnisse der letzten Jahre vergegenwärtigt, so wird man deutlich gewahr, wie die Nazis ihre Hauptaufgabe darin sehen, das deutsche Volk immer tiefer in das Elend der Wirtschaftskrise zu stoßen, wie sie bemüht sind, das Vertrauen der Welt auf Deutschland zu zerstören, wie sie mit beispiellosem Zynismus den deutschen Kredit im Ausland unterminieren, damit das „System“ vernichtet wird. Und so kam es, daß nach den verhängnisvollen Reichstagswahlen 1930 das Ausland seine kurzfristigen Kredite von Deutschland abzog. Als Folge davon stieg die Arbeitslosigkeit weiter gewaltig an, Not und Elend wuchsen. Aber nicht genug damit. Weiter wüthete der Nationalsozialismus in Deutschlands Elend, weiter bemüht sich die Leute um Hitler, die deutsche Volkswirtschaft immer tiefer zu stützen. Eine gereifene Agitation machte für das von den Nazis verschuldete Elend das „System“ verantwortlich und fand in weiten Kreisen des Volkes und namentlich unter den Arbeitslosen ihre Gläubigen. Die Notverordnungen mit ihren schweren Eingriffen, die von der Brüningregierung erlassen wurden und die ihren ursprünglichen Grund in der durch die Politik der Nazis hervorgerufenen Not hatten, wurden das beste Agitationsmaterial der Hitlerpartei.

Als es trotzdem der Brüningregierung gelang, diese schweren Angriffe der Nazis abzuwehren, als Brüning im Verein mit den Sozialisten ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegte, das sofort einer Million Arbeitslosen sichere Beschäftigung in Aussicht stellte, und das weiter durch Rückzahlung von vielen Tausenden von Arbeitslosen auf die verdrängten Güter der ostelbischen Zunker neue Wege aus der schweren Krise wies, und die Brüning auch im Ausland ein gewisses Vertrauen genos und für die nahen Verhandlungen in Lausanne die bestgeeignete

deutsche Persönlichkeit war, sah man Gefahr für die zukünftigste Agitation der Nazis. Brüning und das „System“ wurden gestürzt. Es kam die von Hitler unterstützte Papenregierung der Barone. Und es brauchte wohl keines Beweises, wenn man die Taten dieser Hitlerregierung betrachtet, wie diese mit unvergleichlicher Meisterhaftigkeit dafür sorgte, daß wir immer tiefer in Not und Elend verfallen, um dadurch der Hitlerbewegung bei den bevorstehenden Reichstagswahlen zum Siege zu verhelfen. Die politischen Erfolge dieser Hitlerregierung in Lausanne waren kampflos, und von den Versprechungen, mit denen die Reichstagsbeschlüsse hantieren gingen, ist nichts erreicht worden. Wäre Brüning mit den „Erfolgen“ eines Papen von Lausanne heimgekehrt, so hätte man ihn des Landesverrats geziehen. Aber über die Taten der Papenregierung ist in der Nazipresse nur Theaterdonner zu vernehmen. Man ist in Wirklichkeit mit den „Erfolgen“ seines Schlingens zufrieden.

Auf wirtschaftlichem Gebiete hat es die Regierung der Barone im Auftrage Hitlers versucht, durch Einführung der Arbeitsdienstpflcht dem Problem der Arbeitslosigkeit zu begegnen, allerdings auf kümperhaftem Wege und in kümperhafter Weise. Wäre die Sache nicht so blutig ernst, man wäre verlust, über dieses Vorgehen zu lachen. Im Mutterlande des Faschismus, in Italien, sieht die Lösung der Weltwirtschaftskrise ganz anders aus als die von Hitler propagierte Arbeitsdienstpflcht. (Siehe Notiz unter „Allgemeine Rundschau“ der heutigen Nummer. Schrift.) Es sind fast sozialistische Tendenzen, die z. B. der Leiter der italienischen Fiatwerke zum Ausdruck bringt. Es liegt darin eine Bekätigung dafür, daß die Forderungen der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich den einzigen Weg bilden, um aus der Not der Gegenwart herauszukommen.

Während man im Braunen Haus in München eine Arbeitsdienstpflcht propagiert und die, die sich für die Vierzigstundenswoche einsetzen, für Bankrotteure des Marxismus erklärt, töt es aus Rom: Nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit kann die Welt genesen. In diesem Punkte kann man gewiß nicht behaupten, daß die deutschen Nationalsozialisten gelehrige Schüler Mussolinis sind. Natürlich ist es leichter, den römischen Gruß zu kopieren, als der Welt einen brauchbaren Vorschlag zu machen, wie man aus der Gegenwartsmisere herauskommt. Aber, wie gesagt, man will es ja auch gar nicht. Man will ja den Fortbestand der Not und des Elends, weil, — ja weil es der beste Nährboden des Nationalsozialismus ist.

Un der Arbeiterschaft aber liegt es, dies zu erkennen und den Volksbetrügnern die Nase vom Gesicht zu reißen. Dazu bietet sich am 31. Juli die beste Gelegenheit!
M ü n c h e n.

Warum nennt Hitler seine Partei „Arbeiter“partei?

Die begriffliche Falschmünzerei ist von jeher ein Mittel gewisser Gewaltentzügen, Ziel und Wirkung ihrer Gewaltmaßnahmen so einzuflechten, daß sie gerade in den Augen derer, gegen die sie gerichtet sind, zumindest harmlos, wenn nicht sogar als für sie nützlich erscheinen. Denselben Zweck hat der Name „Arbeiter“partei für die zu überfüllenden Arbeiter für Hitler. Das gehört zur Geheimwissenschaft der sich als „Serr“ Fühlenden. Wie Hitler in Wirklichkeit über die Massen denkt, geht aus zwei seiner Äußerungen hervor, zunächst: „Wir wollen die Auswahl der neuen Herrschaft, die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse (sie erklären sich einfach für „besser“, das rechtfertigt nämlich das Herrschaftsansprüche, und das ist der Zweck, aber sich ein Gewissen daraus zu machen und zu fragen, worin denn eigentlich die menschlichen Interessen dabei bestehen — dem gehen diese e r r i k t e n Feiglinge aus dem Wege) das Recht hat zu herrschen und diese Herrschaft über die breite Masse rückstandslos aufrechtzuerhalten und sichern.“ Diese Zeilen sprechen dafür, was die arbeitende Masse für sich zu erwarten hat. Und weiter: „Den Parteigenossen das Recht geben zu wollen über die Idee, oder sogar darüber zu entscheiden, ob der Führer noch der Idee treu ist oder nicht, wäre schlimmste Demokratie, für die es bei uns keinen Platz gibt.“ Das mag allerdings seinen Anhängern überlassen bleiben, wie weit sie sich mit dem Erleuchtungswechsel ihres „göttlichen“ Adolt zufriedene geben. Wie aber die Masse aussieht, die ein solcher „Führer“ braucht, sagt er uns sogar selbst in „seinem Kampf“: „Dem Soldaten wird unbedingender Gehorsam gefordert, der sogar Unrecht stillschweigend zu ertragen hat.“ Wie sich das auf Zivilleben auswirken soll, sagt uns die bekannte militärische Formel vergangener sozialistischer Unterweisung: „Was der Soldat in seiner Dienstzeit erworben hat, soll er sich im zivilen Stand erhalten“, mit anderen Worten, der Arbeiter hat die Aufgabe, willenloses Werkzeug sogenannter Führer zu sein.

Nun zum Namen „Arbeiter“partei und was Hitler uns selbst über dessen Entstehung zu sagen hat. In seinem Buch „Mein Kampf“ kommt er infolge des Zusammenbruchs einer nationalsozialistischen Partei zu dem Ergebnis, daß Parteien dann keine Erfolge haben, wenn sie nicht die Massen hinter sich haben. Zumal Parteien, die in Verfolgung ihrer Ziele mit gewaltsamen Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern rechnen müssen. Nach Untersuchung über den Kampfwert der einzelnen Volksschichten stellt er fest, daß das Vierzertum je nach dem Grad seiner Sättigung mehr oder weniger geeignet ist als Kampftruppe, aber die arbeitenden Massen mit ihrer revolutionären Urne (auf deren Ursache Hitler nur soweit ein

geht, als es der nationalsozialistische" Bewegung nicht schädlich ist) sind unbedingt einzugliedern. Was ist zunächst zu tun, um die Arbeiter zu Anhängern seiner Partei zu machen, so fragte sich der Parteimacher. Der Name tut's! — also nannte er seine Partei „Arbeiterpartei“. Aber gilt nichts jetzt der Mensch seine Kraft nicht ein, er will Un-erträgliches befechten; das Ziel ihrer Wünsche nennen die Arbeiter Sozialismus — also lehrte er dieser „Arbeiterpartei“ das Wort „sozialistisch“ vor. Ähnlich haben vor ihm manch andere blödsichtige Parteiführer gebacht: Die Nationalliberalen und Konservativen der Vorkriegszeit gaben ihren Parteien nach dem Kriege das Unhängsel „... Volkspartei“ und versprachen sich damit Zulauf aus dem Volk. Und allen diesen sind die Arbeiter nur Mittel für die Zwecke ihres Wohlergehens, die Arbeiter sollen in ihren Dienst gezwungen werden, mit allen Mitteln des Zwanges und der Vernebelung, sie sprechen im Namen der „Wirtschaft“ und denken dabei nur an sich. Das Machtwort zur Sicherung ihrer Lebensbedingungen nennen sie dann in ihrer Gesamtheit „die beste der möglichen Welten“ oder „göttliche Weltordnung“.

So wird nun auch die Gegnerschaft Hitlers klar gegen ein sich selbst begründendes Bollen der Arbeiterschaft zur Zielsetzung in gesellschaftlichen Dingen, ferner wird auch jetzt der Zweck der Hege gegen die „Bonzen“ deutlich: weil sie nicht die Arbeiterschaft in einem Sinne zu leiten suchen, wie es den Zwecken der „Herren“ dienlich ist, wollen sie Mißtrauen schaffen zwischen den Arbeitern und ihren Führern und sie voneinander trennen, um damit eine für die „Herren“ schädliche Willensbildung und deren Verwirklichung zu verhindern und um weiter die arbeitenden Massen als dienstbare Geister für alle Zeiten für sich zur Verfügung zu haben. Wenn die „Bonzen“ manchen „Herren“ unrecht tun, warum fordern diese dann nicht ein Arbeitsrecht für sich und weisen den volkswirtschaftlichen Wert ihrer Arbeit nach, auf Grund deren ihnen die Verfügungsrechte zugestanden werden, die zur Arbeitsleistung für die Gemeinschaft notwendig sind. Allerdings müßte dann der Kampf bei ihnen selbst, und zwar gegen sich und ihre Gewohnheiten einsehen: nicht Gewinnstreben und Nichtstun, sondern Pflichterfüllung durch Arbeit für das Gemeinwohl (wobei keiner das Recht hat, daß es ihm selber geht als dem Geringsten der Gemeinschaft, wenn es diesem nicht auch zuteil werden kann) — so müßte dann ihr Lebensziel heißen. Dazu den sittlichen Mut aufbringen und ein solches Leben vorzuleben, das Tierische im Menschen zu überwinden, wofür das sind höhere Eigenschaften; ihr „Herrenmenschen“ strebt ja nach Höherem, zeigt doch, daß ihr „besser“ seid; könnt ihr es nicht, so ist es mit euren Eigenschaften nur „allzu menschlich“, ihr seid durchsichtig und habt nicht das Recht, euch „bessere Arbeit“ zu nennen und die ausführende Hand „Untermenschen“. Was ist das Schwere? Seine Gewohnheiten zu überwinden.

Berlin.

F. C.

Führer und Genossenschaft

Es ist eine Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse, zum Teil auch eigener Unterlassungsünden, daß wir uns heute mit Problemen herumschlagen müssen, die im November 1918 in der Wilhelmshafen-Lubendorffschen Mottensatz eine Einfarung erfahren haben. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind international gesehen, zum Teil direkte und indirekte Kriegsfolgen. National gesehen, haben sie den Druck auf die Arbeiterschaft verstärkt. Wir kommen deshalb nicht darum herum, von der einsichtigen Arbeiterschaft längst abgelegte Ideen erneut zu untersuchen und ihre wahre Gestalt aufzuzeigen.

Eines dieser Schlagworte ist die Idee des „Führers“. Es ist vielleicht auf manche Mängel der Demokratie zurück-

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Hermann Kloppe in Berlin
Eingetretene: 1. August 1882 — Jetzt Invalide

zuführen, daß man der Demokratie als dem Regierungswillen der Mehrheit die Idee des „Führers“ gegenüberstellte. Gerade in Deutschland, wo der demokratische Gedanke nicht vom Bürgertum, sondern von der Arbeiterschaft herausgehoben wurde und wo die Arbeiterschaft lange und schwer um diese demokratischen Grundrechte kämpfen mußte, neigt man leicht zum Übersehen gewisser Mängel, die der Demokratie anhaften. Wie ja im Leben dem Menschen immer die Dinge am wertvollsten erscheinen, um die er lange und schwer kämpfen mußte.

Demgegenüber stelle man also den Führerwillen, der, von einer starken Persönlichkeit getragen, das Regierungsgeschäft nun in die Hände nehmen soll.

Praktisch liegen ja die Dinge so, daß der genialste Führer nicht in der Lage ist, all das, was heute nun einmal zum Regieren gehört, selber auszuführen. Er ernannt oder er bekommt ernannt eine Anzahl von Unterführern, die nun ihrerseits Einfluß auf die Regierungsgeschäfte nehmen. Die Regierung ruht also auch hier in der Spitze schon auf mehr als einem Führer. Es entsteht ein Konjunktum. Und hier entsteht auch sofort der Unterschied. Während in der Demokratie alle Führer vor oben bis unten der Kontrolle der Gesamtheit unterliegen, unterstehen in der Diktatur alle oberen und unteren Führer lediglich der Kontrolle des Spitzenführers. Es unterliegt dabei keinem Zweifel, daß dabei das demokratische Prinzip mit seinen gewählten Vertretern das gelindere ist, weil es die Kritik an Führung und Verwaltung auf das breite und unabhängige Niveau der Volksvertretung legt. Bei der Diktatur fehlt jenes Sicherheitsventil. Und es bildet sich um die Gestalt des „Führers“ herum eine Clique, die den „Führer“ führt. Wie diese Clique hier bei uns in Deutschland aussieht dürfte, bei einer Partei, deren Träger Großindustrie, Brüngen und Generale sind, darüber braucht man sich bestimmt nicht den Kopf zu zerbrechen.

Neben dieser rein organisatorischen Seite des Führerproblems interessiert uns jedoch viel stärker die politische Seite. Im demokratischen Staatswesen regiert die Mehrheit (wobei es im Augenblick unerheblich ist, ob die

Mehrheit immer richtig zum Ausdruck kommt). Im Führerstaat regiert aber, oder besser die Führer. Dies hat zur Voraussetzung, daß auch Geführte da sind, die dem Führer gehorchen. Es mag schon bei uns eine Menge Leute geben, die das Erstgehorcht der Demokratie gegen die Einkuppelung einer Führerherrschaft verkaufen wollen. Man zu starke freiheitliche Tradition besitzt der Deutsche selber nicht. Aus diesem Grund bemerkt der gute brave Spießer nicht, daß alles, was sich dahinter verbirgt, nicht auf das Führer, sondern auf das Gehorchene Wert legt. Gehorchene soll der Arbeiter, wenn der Lohn niedrig ist. Gehorchene soll er der alten Dreieinigkeit Kapitalismus, Militarismus und Religion. Er soll es verlieren, auf hohe Gehälter, fette Dividenden zu bliden, sondern soll auch dem „Führer“ dieser Wirtschaft kraft seines eignen Anwertes als Gehorchender gegenüberstehen. Maul halten und gehorchen, ist die politische Devise, die sich hinter der hohlen Phrase des „Führerstaates“ verbirgt.

Für uns als Arbeiter ist der Begriff des „Führers“ ein anderer und nicht an blindes Gehorchen gebunden. Unse „Führer“ sollen, vom Vertrauen der breiten Menge getragen, nicht herrschen, sondern führen. Und da, wo sie in Widerspruch geraten, sollen sie ihr Tun weder verteidigen auf Grund ihrer vom Himmel gefallen Führerqualitäten, noch mit Appellen an die ihnen zu leistende Gehorsamspflicht. Bessere Einsicht in die Dinge, Klugheit sollen unsre Führer befehlen. Und da, wo sie in Widerspruch geraten, soll ihr gutes Beispiel und ihre Überzeugungskraft den Boden bereiten, auf dem nicht der Gehorsam, sondern der freie Wille wächst, mit diesem Führer gemeinsam zu marschieren. Daher zieht sich gerade vom „Führerproblem“ aus jenes Band, das die Weltanschauungen trennt. Unsere Führer muß innewohnen die unerschütterliche Liebe zum Mitmenschen, die nicht herrscht, sondern dient in ihrer Führerstellung, die über alle Anbilden, ja Kreuzigungen (und welches Volk hat seinen Jesus noch nicht gekreuzigt) hinweg dem einen großen Ziel aufstrebt, der lebenden Menschheit zu einer höheren Kultur zu verhelfen.

Der deutsche Arbeiter ist in seiner Mehrheit längst darüber hinausgewachsen. Wenn auch junge und unreife Arbeiter unter dem Druck des wirtschaftlichen Elends glauben, hier einen Weg aus dem Holz zu finden, die Mehrheit lehnt den Druck des Militärstaates ab. Sie lehnt einen „Führerstaat“ ab, weil sie weiß, daß hinter der Phrase dieses „Führers“ die Realität des „Radvergehorchens“ lauert. Zu Wirtschaft werden die Geführten die Genossenschaften sein. Wer Freiheit und Recht liebt, muß daher dafür sorgen, daß, aller unserer sonstigen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz, der sogenannte Führerstaat als das hingefestigt wird, was er in Wirklichkeit ist, als realtätionslose Kuffisse des alten kapitalistischen „Ordnungsstaates“.

R. w. s.

Korrespondenzen

Augsburg. (Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 28. Mai nahm der hiesige Ortsverein Stellung zu dem neuen Manteltarif. Vorsitzender Stier behandelte die verschiedenen Vorstellungen, die sich würdig in die Reihe der nun schon fast am bekanntem Notverordnungen einreihen können. Die gegenwärtige Zeit ist eben für unsre Unternehmer sehr geeignet zur Erreichung ihrer langgehegten Wünsche. In der Aussprache kam die Unzufriedenheit der Mitglieder zum Ausdruck, die es zum Teil nicht verstehen konnten, wie ein derartiger Tarifabschluß in freier Vereinbarung angenommen werden konnte. Von der Annahme einer Resolution wurde Abstand genommen, da sie ja doch nichts mehr zu ändern vermöchte. Durch das Eingehen der „Augsburger Neue Nachrichten“ wurde eine größere Anzahl zum Teil langjährig beschäftigter Kollegen arbeitslos. — Am 26. Juni fand im Volkshausgarten unser diesjähriges Johannisfest statt, das wie in

Zeitgemäße Worte großer Geister

Betrachtungen zum 31. Juli 1932

Nicht jeder, der sich selbst für groß an Geistesgaben hält und als Geistesheros vor der Masse erscheinen möchte, verfügt auch wirklich über diese sich selbst angebotenen Gaben, vielmehr zeigt gerade die heutige Zeit im Übermaß, daß es sich bei solchen „Geistern“ oft um herostratische Dilettanten überster Art handelt, die wohl mal vorübergehend, wenn die jeweiligen Zeitumstände ihnen günstig sind, eine Gastrolle geben können, dann aber wieder, gerötet durch eigne Lächerlichkeit, fang- und kluglos in der Verfertigung verschwinden. Ein Schuster Bogt dagegen, der es mit seiner Kappenarbeit fertigbrachte, alles kaiserliche Blendwerk dem Wis, Spott und Hohngekläster einer ganzen Welt zu überantworten, erscheint gegen gewisse geistessame Geistesgößen heutiger Zeit immerhin als genialer Feld, hat er doch vermocht, durch blanke Knöpfe, bunte Schnüre und Tressen und mit dem ganz selbstverständlich dazugehörigen Klempnerlaken bei aller Komit aber auch gleich ein „System“ bloßzustellen, dessen Geistesgröße und staatsbürgerliche „Freiheit“ sich durch Kommissiel und Fidelehaube symbolisierten.

Wie sieht es nun heute bei uns aus? Kräfte der finsternen Reaktion sind am Werk, das Rad der Weltgeschichte um Jahrzehnte zurückzubringen. Sie stehen in Deutschlands Gauen gerüstet zum Streit: Die alte gegen die neue Zeit. Das, was muß fallen, gegen das, was bestehn soll; das, was soll wachsen, gegen das, was verkehrt soll!

Wer sind nun diese Kräfte um und hinter dem Anstreicher aus Braunau, der erst durch schäbige Schieber-

methoden zum Regierungsrat und Reichsangehörigen gemacht werden mußte? Treffend antwortet hierauf Feuerbach:

Ein Mensch ohne Verstand ist auch ein Mensch ohne Willen. Wer keinen Verstand hat, läßt sich verführen, verblenden, von andern als Mittel gebrauchen.
Nur wer denkt, ist frei und selbständig.

Nach Feuerbach sind also Hitlers Massen Menschen ohne Verstand, die sich verführen, verblenden, von andern als Mittel zum Zweck gebrauchen lassen. Und wer sind „die andern“, die Verführer, die Blendler? Prinziplich, geistliche, geistliche „Genossen“, Generale, Junker, Unternehmer als „Arbeiter“ und „Sozialisten“. Wo aber nach Feuerbach so viel Geistes- und Verstandesarmut vorhanden ist, müssen sich Moritages Worte erfüllen:

Die, welche den Staat aus den Irren geben, sind die ersten, denen er auf den Kopf fällt.
Nun, diese „Arbeiter“, „Genossen“ und „Sozialisten“ sind heute der Staat, von dem Seume sagt:

Der Staat sollte vorzüglich nur für die Armen sorgen, die Reichen sorgen selber nur zu sehr für sich selbst.

Also Seume schon erkannte den „Wohlfahrtsstaat“, aber nur für die Reichen!

Und als ob Karl Liebknecht schon seinerzeit die Sanierungen und Subventionen vorausgesehen hätte, mit denen der verarmte Staat heute gewissen Kreisen gegenüber so großzügig ist, sprach er auf seiner Tournee durch Amerika in Milwaukee prophetisch die Worte:

Ein Volk von Anechten ringt in harter Arbeit, im Elendhaltenen Schöße anzuhebeln;
Das ist das Ende eurer Kollen Freiheit:
Ein hungerrndes Volk, das Wänder muß bereichern.

Welches sind nun die aufbauwilligen Gegenkräfte gegen diese dunkeln, falschistischen Mächte? Lassen wir Uhl and sprechen:

Das ist der Fund des unglückseligen Landes.
Wo Freiheit und Gesetz darniederliegt:
Dah sind die Wäster und die Geistes Verbrechen müssen in fruchtlosem Form,
Dah, die fürs Vaterland am reinsten glänzen,
Gebrauchmarkt werden als des Landes Vertreter.

Die Schatten eines Friedrich Ebert, Walter Rathenau, eines Erzberger, Stresemann, Hermann Müller steigen auf. Sie — nach Uhl and die Besten und Edelsten, die fürs Vaterland am reinsten glänzten —, sie wurden als Landesvertreter von denen gebrauchmarkt und zur Strecke gebracht, die sich heute als „Führer“ des Dritten Reichs aufspielen, die sich den in ihrer Not irreführenden Millionen als „Retter“, als sittliche Erneuerer und Vereinerger präsentieren. Diese sind es auch, die unsre noch lebenden Führer täglich mit Morddrohungen verfolgen, die täglich ihre braunen Mordbeil auf das unglückselige Land heben, wo die Freiheit darniederliegt.

Hatten wir unbeeilhaft fest an unserm Ziel, das sich t e schon durch seine Worte umrahmte:

Wir wollen erröthen ein Reich der Freiheit und des Rechts,
Gegensind auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantitz trägt.

In diesem Streben sei uns Fichte nochmals Wegweiser:

Und handeln sollst du so, als stünge
Von dir, von deinem Tun allein
Das Schicksal ab der deutschen Dinge
Und die Verantwortung wir' dein.

Zu solchem Tun befähigen aber nur vereinte Massen in der Eisernen Front, wie sie der Dichter nachfolgender Besse schon vorausahnte:

früheren Jahren gemeinsam mit der „Typographia“ verankert wurde. In einer kurzen Ansprache wies Kollege S i e r auf den Sinn dieser Feier hin, die den Zusammenhalt unter uns Buchdruckern stärken soll. Kinderbelustigungen, Männerchöre und eine gute Kapelle sorgten für angenehme Unterhaltung. — Nach fünf Jahren hatten wir am 20. Juni erstmals wieder die Freude, ein Mitglied unseres Verbandsvorstandes in unserer Mitte zu sehen. Kollege A d e r m a n n (Berlin) behandelte in einem ausführlichen Referat die wichtigsten Zeitfragen und erntete damit lebhaften Beifall. Gestimmterweise glänzten speziell jene Kollegen, die den neuen Tarif so scharf verurteilt hatten, durch Abwesenheit. Aus fernehem Mund hätten sie hören können, unter welchen Schwierigkeiten der neue Tarif zustande gekommen ist. Zum Schluss forderte Kollege S i e r die Kollegen zur Mithilfe auf bei der Werbung für die Eisener Front: und bei kommenden Reichstagswahlen nur die Partei zu wählen, die wirkliche Vertreterin der Arbeiterschaft ist.

Emmerich a. Rh. Am 25. Juni feierte der Ortsverein Emmerich sein diesjähriges J o h a n n i s f e s t. Wegen der schlechten Wirtschaftslage wurde von einer öffentlichen Feier abgesehen. Nach einem sinnig vorgetragenen Prolog begrüßte Kollege D e r t s e n die Erschienenen und hob die Bedeutung des Tages hervor. Die Kollegen Johann D i s s e l s und Joseph v a n d e K a m p wurden für ihre zehnjährige Mitgliedschaft durch passende Worte und finanzielle Geschenke geehrt. Nach einem gemeinsamen Abendessen fand der Humor zur Geltung, und man trennte sich in vorgerückter Stunde mit dem Bewußtsein, einen vergnügten Abend im Kollegienkreis verbracht zu haben. — Am 4. und 10. Juni sprach der Gewerkschaftskollege S c h i f f e r (Kleve) über das Betriebsratsgesetz und erzielte für seine interessanten und lehrreichen Ausführungen von einer dankbaren Zuhörerschaft reichen Beifall.

I. E. Köln. Für unsere B e z i r k s v e r s a m l u n g am 1. Juli war als Referent mit dem Thema: „Gewerkschaft, Zeitproblem, Reichstagswahl“ Reichstagsabgeordneter S o l m a n n gewonnen worden. Mit größtem Interesse und gespanntester Aufmerksamkeit lauschten die Kollegen den etwa 1 1/2 stündigen Darlegungen und Schlussanwendungen des Vortragenden. Der Beifall bewies, daß man auch am 1. Juli gewillt ist, die politische Konsequenz aus dem Gesagten zu ziehen. Nachdem er die Wirtschaftskrise und die kapitalistische Krise, deren Urheber ihre Unfähigkeit dadurch zu verdecken suchen, daß sie für alles Elend die Arbeiterschaft verantwortlich machen, aufgezeigt, nahm er sich das Programm der NSDAP vor, die die völlige Entzerrung der Arbeiterschaft wolle. Das moralische kapitalistische System ringt um neue Formen. Bei diesem Kampf betätigt sich die NSDAP, als ihre willkürliche Söldlinge. Alles auf Kosten der Arbeiterschaft. Zunächst, wie sie sich wohl kein Arbeitergeheimnis im Augenblick ausmaßt, sind bei einem Erfolg der Nazis am 1. Juli zu erwarten. Deshalb muß alles aufgegeben werden, hat alle Kritik an hinter uns liegenden vorerst zu verkommen, um nach dem Wabsttag nicht in die gewollte, alles Menschliche außer acht lassende soziale Reaktion zu geraten. In der Diskussion setzte sich Kollege D o b r i h für die gewinnreiche, aber leider noch nicht zu-verwertende Einheitsfront ein, die von den Führern mehr gefördert werden soll. Es war dem Referenten in seinem Schlusswort nicht schwer, die besonders von der SPD in die Debatte geworfene Einheitsfrontbildung als alles andere denn ehrliches Vorgehen schlagend zu beweisen, insbesondere, da nach wie vor die SPD in der SPD ihren schimmigen Feind sieht, und rücksichtslos Bekämpfung der SPD von ihren Anhängern fordert. Und dann Einheitsfront... Es kann allen denjenigen, die noch ein Quentchen eigene Aherkennung in der jetzigen Zeit ihr eigen nennen, zur Rettung der sozialen Demokratie und zur Erhaltung der freien Selbstbestimmung der Arbeiterschaft nicht schwer fallen, sich für die Arbeiterpartei zu entscheiden, die bei gerechter Beurteilung ihrer Leistungen für die Arbeiterschaft sich eingesetzt hat. Eine eindringliche, aufklärende Veranmlung.

Rudolfsghafen a. Rh. Eine außerordentliche B e z i r k s v e r s a m l u n g am 26. Juni, hervorgerufen durch eine im Gau Mittelrhein durchgeführte Abstimmung über Einberufung eines außerordentlichen Gantages, welche über die notwendige Dreiteilmehrheit aller Gaumitglieder ergab, beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit. Nach Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden M i c h e l und Protokollverlesung der letzten Veranmlung ging er

einleitend auf die Gründe ein und bat in der Diskussion die Wünsche der Kollegen zum Ausdruck zu bringen. Es zeigte sich, daß die Kollegen mit den letzten Abmachungen nicht zufrieden sind. Die Kampftrakt sei bei kommenden Verhandlungen in den Vordergrund zu stellen. Es wurde aber auch auf der anderen Seite nicht verkannt, der Opposition die nötige Antwort zu geben. Die Ausführungen der Kollegen S t u t e n g r o ß e r und S i h w u r d e n von Vorstandseite zum großen Teil zurückgewiesen und dabei betont, daß die Stellungnahme der Gantagsvorstandsmitglieder in jeder Beziehung nicht die gleichen sein müssen. Zwei eingebrachte Anträge, die jedoch keine Unterschrift trugen, was als sehr bezeichnend wurde, wurden nicht zur Abstimmung gebracht. Gebeten wurde vom politischen Fahrwasser abzugehen und Anträge zum Gantag zu behandeln. Nachdem die Kollegen J h e und G e i g e r über Vorteile und Nachteile eines Gantages Ausführungen gemacht hatten, konnte der Vorsitzende feststellen, daß Anträge zum Gantag nicht eingelaufen sind. Zu Delegierten wurden die bisher gewählten Delegierten in Vorschlag gebracht; nach dem jetzigen Stand der Mitglieder waren sechs Delegierte zu wählen. Vorgeschlagen wurden noch die Kollegen Süß, Stutenbäumer und Ensfelder. Nach Ernennung einer Wahlkommission wurde die Abstimmung per Stimmzettel vorgenommen. Unter Vorsitzendem machte der Vorsitzende auf die Verlegung des Büros in das Gewerkschaftshaus am 1. Juli und den Reichsarbeiterporttag aufmerksam. Hierauf konnte der Vorsitzende die angeregte verkaufene Veranmlung schließen.

Mannheim. In unserer B e z i r k s v e r s a m l u n g am 25. Juni gelangten mehrere Kollegen, soweit diese anwesend oder entkündigt waren, zur Aufnahme. Bewiesen wurde auf den Reichsarbeiterporttag, dem gerade in der heutigen Zeit eine besondere Bedeutung zukomme. Der Vorsitzende S c r a m m ging hierauf des näheren auf die vom Bezirk Wiesbaden eingeleitete Forderung zur Einberufung eines außerordentlichen Gantages des Gaues Mittelrhein ein, der sich die größeren Bezirke angeschlossen haben. Daß der letzte Tarifabschluss in freier Vereinbarung getroffen wurde, hat viel Mißstimmung erzeugt. Es wurde auch bemängelt, daß eine Urabstimmung über den abgeschlossenen Tarif nicht vorgenommen worden ist. Als ein Uebelstand wurde empfunden, daß Bezirksfunktionäre zugleich Mitglieder des Gantagsvorstandes seien, ein entsprechender Antrag wurde eingereicht, ebenso ein Antrag, daß nach jedem Tarifabschluss eine Urabstimmung erfolgen muß. Kollege B i s c h o f f hielt es für notwendig, daß der Verband zu den alten Kampfmethoden zurückkehrt, dafür die gangbarsten Wege sucht und nicht alles der Zukunft überläßt. Zum Kassenerichter machte Kollege W o l l einige ergänzende Ausführungen, in denen er sich über das Restanten-unwesen beklagte, zumal sich darunter sämtliche Kollegen der „Arbeiterzeitung“ befinden. Die meisten Restanten befinden sich in Dauerfandition. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Antrag des Vorstandes, an Stelle des ausfallenden Johannissefes den Arbeitslosen und Invaliden je 3 M., den Ausgescheuerten 5 M. zu überweisen, wurde durch Antrag aus der Veranmlung heraus dahin ergänzt und auch angenommen, daß der vorgelegene Betrag je 2 M. erhöht würde. Es wurde allerdings darauf verwiesen, daß das ein ziemlich hohes Maß in die Bezirkskasse reißt, daß wir mit unseren Mitteln hausväterisch umgehen müssen.

Neuruppin (Bezirk). Havelberg, der südlichste Druckort unseres Bezirks, war als Tagungsort für die diesjährige B e z i r k s v e r s a m l u n g am 26. Juni gewählt worden. Zur festgesetzten Stunde konnte Bezirksvorsitzender R e i n h a r d t (Neuruppin) die zahlreich erschienenen Kollegen begrüßen. Als Gäste waren anwesend erster Verbandsvorsitzender Krauß (Berlin), Gaunersitzer Reineke (Stettin) und der Gauleiter des Hilsarsbeiterverbandes Stigitz (Stettin). Ihm schloß sich in der Begrüßung Kollege G a b r i e l (Havelberg) an, der allen Kollegen ein herzlich willkommen entbot. Nach Ehrung zweier im vergangenen Jahr verstorbenen Kollegen gab Kassierer S i t t l i c h t (Neuruppin) noch einige Aufklärungen zum gedruckten vorliegenden Rechnungsschluß. Er teilte mit, daß die Besucher der heutigen Veranmlung Fahrgebtentgeltzahlung in voller Höhe des Fahrpreises erhalten. Im Vorstandsbericht mußte der Vorsitzende tabeln, daß einige Orte leider gar keine Besuche einbrachten. Man müsse daher annehmen, daß die Verhältnisse dort gut seien. Er schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, sich noch enger zusammenzuschließen.

Dann nahm Kollege K r a u ß das Wort zu seinem Vortrag „Die Gewerkschaften im Krisensturm“. Einleitend bemerkte er, daß es ihm eine besondere Freude bereitet habe, nach Havelberg zu kommen. Verknüpfen ihn doch mit Havelberg angenehme Jugenderinnerungen. Hier habe er vor 34 Jahren seine Lehrtätigkeit beenden können. Anschließend behandelte er dann die Ursachen und die Wirkungen der jetzigen Wirtschaftskrise. Sie in kurzer Zeit ganz zu befeitigen, werde nicht möglich sein. Ein Teil der 6 Millionen Arbeitslosen werde noch auf lange hinaus ausgeschaltet bleiben. Man müsse deshalb alles versuchen, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Eins der Mittel hierzu sei die Vergrößerung der Arbeitskraft durch Einführung der Vierzigstundenswoche. Wenn diese mit Lohnausgleich nicht zur Einführung kommen könne, so müßten die Kollegen trotzdem dafür zu gewinnen sein. Jeder müsse Opfer bringen, wenn es gilt, die Not der Arbeitslosen zu lindern. Die hinter uns liegenden neuzeitlichen Tarifverhandlungen haben unsere Vertreter zur größten Kraftanstrengung im Abwehrkampf gezwungen. Er wünsche allen denen, die stets zur Kritik bereit sind, solchen Verhandlungen als Vertreter beizuhelfen, wie sie für immer von ihren einseitigen Ansichten abzuhelfen. Weiter die Unterstützungsanstaltungen des Verbandes behandelnd, wies er darauf hin, welches ungeheure finanzielle Opfer die Kollegen bringen, beweise am besten die Tatsache, daß in den letzten beiden Jahren monatlich eine Million Mark an Unterstützungen gesandt wurden. Hieraus könne man schon ersehen, wie bitter notwendig wir es haben, uns eng zusammenzuschließen, und zwar heute fester als je. Das Ziel unserer wirtschaftlichen und politischen Gegner ist auf die Zerstörung der freien Arbeiterbewegung gerichtet. Sei der Verband und die Gewerkschaften erst einmal zerfallen, dann stehe jeder einzelne hilflos da. Redner schloß seine 1 1/2 stündigen Ausführungen mit der Mahnung: Aneinanderdrücken um so fester, je größer die Not uns drückt! Sturmflut Beifall der Anwesenden dankte dem Redner für seinen Vortrag. Da eine Aussprache hierzu nicht gewünscht wurde, berichtigten anschließend die Bezirksräte über die Verhältnisse in ihren Orten. Gantagsreferent R e i n e k e konnte dann zusammenfassend feststellen, daß die Besuche aus den einzelnen Ortsvereinen zufriedenstellend seien. Maßgebend sei natürlich, daß alle Arbeiterkassen richtig gemacht haben. Nur bei richtiger Angabe können unrichtige Forderungen beseitigt werden. Ferner erwarnte er, daß jeder Kollege seine tariflichen Forderungen verlange. S i e r t (Stettin) bat die Kollegen, dafür zu sorgen, daß überall dort, wo Hilsarsbeiter beschäftigt sind, diese dem Hilsarsbeiterverband beitreten. Verlangte er auch die tariflichen Rechte als Hilsarsbeiter, so habe er auch Pflichten dem Verband gegenüber. Hiermit am Ende der Tagesordnung angelangt, schloß der Vorsitzende die Veranmlung mit einem Hoch auf den Verband. Anschließend fand dann eine gemeinsame Mittagstafel statt. Die noch freien Stunden bis zur Abfahrt benutzte man zur Besichtigung der Stadt und seiner Sehenswürdigkeiten. Vom Mühlenholz, Havelbergs herrlichem Eichenwald, wurde dann die Heimreise angetreten.

Stuttgart. Trotz der politischen und sommerlichen Hitze, welche die zur Zeit auch Stuttgart nahe an den Siebenpunkt heranbringt, hatte unsere letzte M i t g l i e d e r s a m l u n g ganz annehmbaren Besuch aufzuweisen. Man sah viele junge Kollegen, ein gutes Zeichen, das um so lieber Erwähnung finden mag, weil sonst immer die Klage nicht verkommt: wo bleiben die Jungen? Die Tagesordnung fand Erweiterung. Nach den Vereinsnachrichten und einem kurzen Rückblick auf unsere Tarifschluß kam noch ein Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Endrey über „Die neue Rotverordnungen“. Sieben verordnete Kollegen fanden Nachruf und Ehrung. Die Zurückverlegung des Gantages nach den Verbandstag fand in dieser Veranmlung Zustimmung. Ein Kollege bebauerte dies. Die Arbeiterschaft müsse ganz energisch zu den jetzigen im Brennpunkt stehenden Gesichtspunkten Stellung nehmen. Kollege R e i n e k e vertrat den Standpunkt, daß in diese Gesichtspunkte unserer Gantag nicht groß revolutionierend eingreifen könne. Die Abstimmung fiel in diesem Sinne aus. Der Zusammenbruch der einst so angesehenen Firma Greiner & Pfeiffer hat unsre Mitglieder, die zum Teil zeitweilig dort handelten, schwer betroffen. Einige gehen mit ihren Arbeiten in andere hiesige Betriebe, die große Mehrheit wird arbeitslos. Ein Buchhalter, der sich nach Verteilungen von Riefennummern, man spricht von 400 000 M., erschoß, mag viel zu diesem Ruin beigetragen haben. Hätte jedoch die tarifliche Oberleitung getaugt, wäre ein solcher Zusammenbruch zu vermeiden gewesen. Wir wünschen, daß diese Firma in irgendeiner Form zu halten sein möchte, um so mehr, da die nunmehr älteren Teilhaber, welche die Firma zur Blüte brachten und auch für Gehilfenwünsche immer zugänglich waren, an den Bettelstab gebracht wurden durch einen untauglichen Leiter, dem sie zu großen Spielraum ließen und zu viel Vertrauen schenkten. Im meisten geschädigt sind jedoch unsre Kollegen. Weiter kam ein Zirkular des Verbandsvorstandes über die Kasserverhältnisse zur Besprechung. Seit zwei Jahren mußte jeden Monat eine Million Mark von den noch in Arbeit stehenden 60 000 Kollegen aufgebracht werden, um unsre Arbeitslosen, Kranken, Invaliden und bedingt die Hinterbliebenen, Witwen und Waisen zu unterstützen. Zwölf in Arbeit stehende Mitglieder müssen jede Woche allein 80 Pf. aufbringen, um je einem Invaliden die Sorgen aus Auskommen zu erleichtern. Auf 19 Mitglieder kommt ein Invalide. Von diesen 19 sind 7 arbeitslos, die selbst unterhalten werden müssen. Daher rühren auch die hohen Beiträge, welche wir zu tragen gen bereit sind, um die schlimmste Not und noch schwereres Elend von jenen Kollegen fernzuhalten, die in besseren Zeiten die gleichen Opfer getragen haben für unterstützungsbedürftigen Mitglieder. Es ist ein glänzendes Zeugnis gewerkschaftlichen Zusammenstehens, eine vorbildliche Erfüllung der Solidaritätspflicht der deutschen Buchdrucker. Diesen Opfergeist, mögen Gegner im Sinne der RGO, auch noch so hegen und schimpfen, töten niemand. Er ist der Akt, der uns geschlossen und einzig auch diese schwere Krise überwinden läßt. Er ist und bleibt die beste Gewähr für neuen Aufstieg, sobald der ungeheure Wirtschaftsrückgang läßt und bessere Zeiten kommen. Unsr Prinsipale, wohl angeschauelt von ihrem hakenkreuzgeschmückten Krisensyndikat, läßt der sich in Gehilfenständen befindliche Buchdruckerarbeitsnachweis nimmer schlafen. Schreckliches Abschneiden

Einzelne ist des Menschen Dingen,
wenn auch mächtig, dennoch klein;
nur vereinte Kräfte bringen,
Wunder wirkend, Großes ein.
Einzelne muß im Kampf erliegen,
muß ermatten selbst der Held,
Kämpfen kann man nur und siegen,
wenn sich Kraft an Kraft anstellt!

So ist jeder einzelne — jeder auf seinem Platz — als
Kampfkämpfer aufgerufen. Alle können wir nicht Führer sein:
Wohlan! als Zielhelfer den Ziel:
Reißt die auch herau Geistes und Verstand,
So trag Mittel herbei und Sand.

Bauen wir also in geschlossener Einigkeit unbeirrt und
unaufhaltsam an unserm Reich, an unsrer und unsrer
Kinder Zukunft. Doch Geduld, sagt J u s t u s F r e y :

Sat es auch mit dem Segen nicht Elie,
Der aus Verfassungswerten fließt,
Wemt euch nicht drüber, zur Ding braucht Weisheit,
Wann ist das Kind nur des Kindes gerecht!
Bäume sind auch erst hohle Stämme,
Ehe mit schwellenden Früchten sie umranen.

Doch ohne Hemmungen und Kämpfe unserm Widerfacher
wird es bei unserm Bau nicht abgehen; sind wir aber
einig, sind wir auch unüberwindlich; denn:

Es wächst die Kraft mit den Gewalten,
Die hindernd uns entgegensteh'n,
So wie die Säulen sich entfallen,
Wenn über sie die Stürme geh'n!

Und nun zur großen Politik des Tages, zur notver-
ordneten Not der Baronsregierung von Hilsers Gnaden;
ihr, dieser Verförderung des Wohlfahrtsstaates, ins
Stammbuch, was L a v a n i sagt:

Gewiß, das Volk kann maßlos viel ertragen,
Und summes Dulden ist sein Element —
Doch leider, leider hat es einen Maßen,
Und der ist radikal und konsequent.
Der läßt kein X le für ein I sich machen,
Der ist in seiner Art ein großes Licht —
Er lernt im Handumdreh'n die schweren Sachen,
Und er verhält vor allen Dingen nicht!

Bei allem aber — immer und immer wieder sei's gesagt:
Voraussetzung für jegliches Gelingen ist Einigkeit; Einig-
keit macht stark!

Laß, ihr vereindeten Brüder, das Sankten,
Nicht ihr den Boden des Hauses nicht wanken?
Tretet sie aus, die anstehenden Wannen,
Kraend sonst brechen die Balken aufammen.

Jetzt ist die Einheitsfront da — die Eisener Front,
darum „Antreten zum Sturm!“ Alle Mann an Bord!
Jähne zusammengehissen! Rauff gehtall! In Not und
Abwehr dröhnen dann S c h i l l e r s Worte dräunend
durch die deutschen Lande; Säunige wendend, den Gegner
juchend:

Woh, wenn sich in dem Stof der Stäbde
Der Feuerbrand still geschult,
Das Wolf, zerschend seine Seite,
Zur Eigenliebe löchlich geht!
Da gretet an der Wode Strängen
Der Volkstorn, daß sie heulend schallt
Und, nur gewohnt zu Treibensträngen,
Die Volung ankummt zur Gewalt.

Und das ist das herrliche, Große auf der Welt: Das
Banner bleibt steh'n, wenn der Mann auch
fällt!

R e u t d i n n . E. L e h m a n n .

raubt ihnen den Frieden der Nacht, was auch geschehen könnte, wenn jemals wieder ein Gefüge angefordert werden müßte bei dem Geschichtsmächte. Sicher käme einer zur Vermittlung, der schon drei Jahre und noch länger arbeitslos, nicht mehr ganz ausbeutungsfähig ist, den die einstige Prinzipalsündflut in der Jungenschaft zum Kurztreten ergoß. Mögen unsre Prinzipale ruhig sein. Das, was ihr Einpeitscher leistet, leistet jeder Gefährte, der gleich nach bedenkter Zeit den Saft erschließt. Auch in Zukunft, wenn der Arbeitsnachweis verstaatlicht und verstaatlicht ist, sind es unsre Mitglieber, die angefordert werden und deren technischer Kenntnisse und Fähigkeiten wir besser kennen als Außenstehende. Zudem müßte der ganze Gaud der zentralen Arbeitsnachweis in Stuttgart benutzen. Hoffen wir, daß dabei die abgelegenen Provinzorte ebenso gut versorgt werden, wie die hiesigen Anwohner. Neue Wohnsiedlung kommt aus Ulm und Pforzheim, wo durch Überwanderung von zwei Parteienzeitungen vermehrte Arbeitslosigkeit eintritt. Die Manteltarifverhandlungen verband der Berichterstatter mit dem kurzen Bericht über die Hilfsarbeiterverhandlungen. Da beide Abmachungen in Kraft sind, ist es zwecklos, Betrachtungen über Einzelnes und Richterliches nachträglich anzustellen. Die hiesige KPD-Zeitung schreibt, daß die Gefährten nicht Solidarität geübt hätten gegenüber den Hilfsarbeitern. Möge die SZJ, die „Zeitschrift“ ähneln. Die Verlesung der „SZJ“ mußte leider am eignen Gelbbeutel spüren, daß ihr Betrieb Solidarität mit den Prinzipalsabmachungen beim Leistungslohn streng befolgt. Gleiche Hufeisen ist es, wenn die Redakteure zum Kampf und Arbeitsniederlegung bei eventuellen Lohnkürzungen auffordern und die Geschäftsleitung im eignen Betrieb kürzt, was noch zu kürzen war, um die Einheitsfront mit den Scharführern im Gewerbe nicht zu zertrümmern. Ein Kollege wünschte Einstellung nach der Reihenfolge der Entlassung und die Rückforderung der Gehältern aus den in entlassenen Betrieben unterbunden zu wissen. Ein zweiter machte ihn darauf aufmerksam, daß dies nicht immer möglich sei, weil viele unserer Kollegen freiwillig die betreffenden Betriebe verlassen, um Kurzarbeit nicht unentgeltlich werden zu lassen, wenn ihnen die Zufuhrung gegeben wurde, sie würden bei Gefährtsanfall wieder zurückgefordert. Eine schematische Vermittlung sei deshalb nicht möglich. Am allerwenigsten könnten hier die Betriebsvertreter eingreifen und Ergeben anhäufen. Namentlich kam der Kollege E n d r e h über „Die neue Notverordnung“ zum Wort. Er beherrschte dieses traurige Kapitel, das uns Hitler-Papen beschieden, sehr gut. Was wir verloren, ja, was uns durch diese „nationale Konzentration“ genommen wurde, stellte er ins richtige Licht. Wenn ein Zwischenrufer meinte, dies hätten wir alles in den Zeitungen gelesen und es der Tolerierungspolitik der Brüningregierung durch die Gewerkschaften in die Schuhe schieben, kann man nur noch den Kopf schütteln über solch wirres Zeug. Wir meinen die Tolerierungspolitik sei glänzend gerechtfertigt, nach dem, was wir erleben, seit Brüning durch das schleichende nationale und konzentrierte Adelskabinett ersetzt worden ist. Ein anderer Kollege sagte bei der Aussprache die Sache richtiger an. Er stellte fest, daß den Ausführungen des Referenten kein Wort mehr hinzuzufügen sei. Er brachte eine Entschließung ein, die schärfsten Protest gegen die Notverordnung der Papenregierung erhob und deren sofortige Beseitigung forderte. Im Schlußwort besprach der Referent die Uneinigkeit innerhalb der deutschen Arbeiterschaft, die uns machtlos gemacht habe. Gewiß, wir reichen jedem die Bruderhand, das es ehrlich meint. Wir erwarten jedoch, daß uns nicht in diese gebotene Hand gepußt werde, wie wir es nach gemeinschaftlichen Verhandeln über eine tragbare Zusammenarbeit erleben müßten. Am 31. Juli hat die Arbeiterschaft wiederum die Möglichkeit, den Kurs anzugeben, den sie wünscht. Versäumen wir oder nach besser, verkaufen wir diese Gelegenheit durch Bruderkampf, dann dürfen wir nicht jammern und klagen, wenn es schlecht und schlechter geht. Dem Beifall der Versammlung folgte der Dank des Vorsitzenden.

Allgemeine Rundschau

Aufset auf die Einstellung von Volontären. Zu einer sonderbaren Diskussion hat sich der Verein deutscher Ingenieure für seine Jungmitglieber veranlaßt gesehen. Der ausgeübte Nachwuchs findet nämlich in der gegenwärtigen Wirtschaftslage kein Unterkommen. Der Verein hat sich nun an befreundete Großfirmen — außerhalb der Metall- und Elektroindustrie — gewandt, die jungen Techniker in jedem Jahr drei Monate als Volontäre zu beschäftigen. Hier interessiert vor allem, daß es dem Verein gelungen ist, eine ganze Anzahl in Buchdruckereien unterzubringen. In der Mitteilung wird hervorgehoben, daß sie nicht als Arbeitsplatzverdränger und Gehaltsdrücker gelten sollen. Trotz alledem müßten wir Buchdrucker diesem Bestreben des Vereins entgegenreden. Die Zahl arbeitsloser Drucker und Maschinenleger ist bekanntlich enorm hoch. Nun sollen auch noch ungeleitete Kräfte in den Maschinen- und Geseßfabriken, wenn auch vorerst zwar nicht mitarbeiten, aber mitarbeiten. Vielleicht an der Betriebsorganisation teilnehmen und neue Kontrollmaßnahmen für das Buchdruckgewerbe „empfehlen“. Auf neue Methoden verzichten wir gern, solange bei uns die Arbeitslosigkeit herrscht. Möglich, daß Elektromonteur und Monteur der Druckmaschinen- und Seßmaschinenfabriken in der Beschäftigung beschränkt werden, aber das mögen diese mit dem Ingenieurverein abmachen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß mancher Volontär als Gefährte hängen bleibt. Deshalb müßten wir auf der Hut sein, das Eindringen der Ingenieurekräfte in das Druck- bzw. Seßmaschinenfach zu verhindern.

Vom Zeitungs-Kriegsstauplatz. Aber die Beschwerden der Bundeszeitung „Das Reichsbanner“ hat der 4. Strafsenat des Reichsgerichts entschieden, daß der Bescheid nicht stattgegeben werden kann. Er hat jedoch die Verbotszeit bis auf den 28. Juli begrenzt, so daß die nächste Nummer heute wieder erscheinen kann. — Auf Beschwerde des „Volksfreund“ wegen des dreiwöchigen Verbots durch Minister Klages hat das Reichsgericht das Verbot des „Volksfreund“ und seiner Kopfbätter mit dem 28. dieses Monats aufgehoben. Somit konnten die vier sozialdemokratischen Zeitungen des Landes Braunschweig ab Mittwoch wieder erscheinen. Herr Klages hatte das

Verbot auf drei Wochen ausgesprochen, um die sozialdemokratische Presse in seinem Reich für den ganzen Wahlkampf mundtot zu machen. Der Urteilspruch des Reichsgerichts ist für Herrn Klages eine schallende Ohrfeige. — Der Militärbeschäftigter für Groß-Berlin und Provinz Brandenburg hat Dienstagvormittag das sozialdemokratische „Volksblatt“ in Finsterwalde wegen des Artikels „Severing und von Papen oder Mann und Wempe“ auf die Dauer von fünf Tagen verboten. — Das obenbenannte Naziministerium des Innern hat die sozialdemokratische „Deutsche Volkzeitung“, ab Dienstag auf die Dauer von zwei Wochen verboten. — Die in Düsseldorf und Wuppertal erscheinende kommunistische Tageszeitung „Die Freiheit“ ist wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen politische Gegner und Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Gesetze auf fünf Tage verboten worden. — Das in Erfurt erscheinende „Thüringer Volksblatt“, das kommunistische Organ für Groß-Thüringen, ist vom Oberpräsident der Provinz Sachsen für zehn Tage verboten worden. — In Karlsruhe ist der nationalsozialistische „Führer“ verboten worden. Anlaß zu dem Verbot gab ein Artikel unter dem Schlagzeile: „Was geht in Baden vor? Der Separatismus erhebt wieder sein Haupt.“ In der Begründung heißt es u. a., durch die Behauptung, daß die badische Regierung Zustände in der Polizei dulde, die die Voraussetzung für dem nahe bevorstehenden offenen Bürgerkrieg seien, werde die badische Regierung böswillig verächtlich gemacht. — In Rottbus wurde eine Durchsuchung der Räumlichkeiten der sozialdemokratischen „Märkischen Volksstimme“ vorgenommen. Den Anlaß zu dieser Maßnahme gab die Tatsache, daß am 19. Juli einen Reichsbannermann auf dem Hofe der „Märkischen Volksstimme“ eine geladene Armeepolize abgenommen wurde. Die Hausdurchsuchung blieb ergebnislos.

Zimmer wieder Nazikturm auf Gewerkschaftshäuser. In der Nacht zum Dienstag wurde in Hindenburg (Oberhschl.) das Gewerkschaftshaus von Nationalsozialisten in Stärke von etwa 150 Mann gestürmt. Drei Reichsbannerleute wurden schwer verletzt. Die Nazis kamen aus dem Rückwege von einer Kundgebung an dem Gewerkschaftshaus vorbei, vor dem zwei Reichsbannerleute standen. Plötzlich stürzten sich die Hakenkreuzler auf die beiden Reichsbannerkameraden, drangen in das Haus ein und besetzten es bis zum dritten Stock. Arbeiter, die sich den Eindringlingen entgegenstellten, wurden niedergeschlagen. Die Polizei, die nach der Besetzung des Hauses erschien, durchsuchte mit den Hakenkreuzern gemeinsam die im Hause anwesenden Reichsbannerkammeraden nach Waffen.

Christliche Gewerkschaften und Papen-Regierung. Voll Sorge betrachtet das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, den jetzt offen zutage getretenen Kurs der Papenregierung. In seinem Leitartikel vom 22. Juli zerpfückt das Blatt die von der Papenregierung zu ihrer Reichssetzung gegen Freizug verbrachten Gründe und sagt dann: „Unsere Sorge entzündet der Gefahr, daß wir in Deutschland in Zukunft von einer Handvoll Leuten regiert werden, bei denen die Arbeiter- und Angehörtenregime nichts zu gewinnen, aber sehr viel zu verlieren hat. Die Methoden, die heute gegen Freizug und politische Parteien angewandt, könnten morgen gegen die Gewerkschaften angelehrt werden. Der Kreis um die Reichsregierung ist bewußt gewerkschaftsfeindlich. In entsprechenden Auswirkungen wird es zukünftig nicht fehlen. Wir haben nicht etwa Angst um die Existenz der Gewerkschaften, nicht Sorge um die Position der „Böngen“. Kampf gegen die Arbeitnehmer bedeutet Zerschlagung und Störung ihrer Organisationen (auch dann, wenn sie verboten werden), bedeutet eine kräftige Bewegung auch dort, wo schon das Gefühl des Friedens, der Ruhe, des Ständigseins vorhanden war. Kampf gegen die Arbeitnehmer und ihre Organisationen von dieser Reichsregierung bedeutet nicht nur frontale Änderungen in der Arbeiterbewegung, sondern auch geistige Wandlungen, die nicht ohne tiefgehenden Einfluß auf unser ganzes Volks- und Staatsleben bleiben. Wer die Zukunft des Deutschen Volkes nicht mit Gewalt todschlagen will, muß mit der Arbeitnehmerhaft wirken und nicht gegen sie. Und der muß sich auch davor hüten, ein paar gelbe Schmarotzergrüppchen mit der deutschen Arbeitnehmerhaft zu verwechseln.“

Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats zu den Vorgängen in Preußen. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats befaßte sich unter Hinzuziehung der Vertreter aller ihm angeschlossenen Verbände mit den Eingriffen des Reiches in Preußen. Die Haltung der Bundesvertreter in der Konferenz der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wurde einstimmig gebilligt. Darüber hinaus wurde erneut festgestellt, daß die freigewerkschaftlich organisierten Beamten fest in der „Eisernen Front“ stehen und Seite an Seite mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern und Angestellten die Verfassung verteidigen werden. Bei der Erörterung der beamtenpolitischen Seite der Vorgänge wurde hervorgehoben, daß es sich nicht nur darum handle, ob Staatssekretäre, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten ihres Amtes entsetzt werden können. Denn politische Beamte müßten sich bei anderen politischen Verhältnissen die Verfassung in den Wartestand gefallen lassen. Wohl aber sei es fraglich, ob ein Reichsschlichter befugt ist, Laubesbeamte zu entlassen oder zu ernennen, da durch derartige Anordnungen rechtliche und finanzielle Auswirkungen für das betreffende Land entstehen. In einem ähnlich gelagerten Fall hat auch neuerzeit das Reichsgericht den vom nationalsozialistischen Minister Fried in den Wartestand versetzten Beamten zu ihrem Recht verholfen. Das Reichsgericht hat damals ausdrücklich festgestellt, daß die Beamten ein wolferworbenes Recht darauf haben, nicht vorzeitig und nicht unter andern als den gesetzlichen Formen ihres Amtes entsetzt zu werden. Der Bundesvorstand war sich in schärferer Verteilung und in nachdrücklichstem Protest gegen die bisher noch nie erhörten Eingriffe in das Beamtenrecht einig. Er erwartet von den Beamten, daß sie im Interesse ihrer eignen Sicherheit, im Interesse der Erhaltung des Berufsbeamtentums und im Interesse der Verhinderung schlimmster Parteiwirkkräfte bei Einsetzung und Entlassung von Beamten am 31. Juli aus den Ereignissen die politische Konsequenz ziehen.

Die Gesellen und der Reichsarbeitsminister. Der Reichsarbeitsminister hatte nach seinem Amtsantritt auch die Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Verbände empfangen. Die Gesellen knüpften daran große Hoffnungen. Sie glaubten, die Regierung der Hitlerbarone werde nun ihre Anerkennung als tariffähige Vertragspartei herbeiführen. Daraus ist aber nichts geworden. Der Reichsarbeitsminister ist der Auffassung, daß es wie bisher den mit der Auslegung der Gesetze betrauten Stellen überlassen bleiben muß, ob sie die Verbände als Tarifvertragspartei anerkennen können. In dem bisherigen Zustand ändert sich also nichts. Die Macht der Tarifparteien ist doch eine starke Macht.

Ein Syndikus Leiter der NSD. „Der Deutsche“, das christliche Gewerkschaftsorgan, macht die fast ungläubliche Mitteilung, daß der frühere Syndikus der Arbeiter für das Baugewerbe, ein Dr. Prohm, in Köln Führer der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation geworden ist. Nachdem er von den Unternehmern gegangen worden ist und nach dem ergebnislosen Versuch, auf den Rücken einer großen Partei an eine ihm begehrenswert erscheinende Stelle zu kommen, machte er dann den großen Sprung nach rechts und gibt dort nun den „Führer“ ab. Auch hier vermag er, entsprechend seiner früheren Tätigkeit, die Straßenbahner im Lohn zu schädigen. So verlangt er in einem Schreiben an die Stadtverwaltung den Abbau der Zulagen, die für bestimmte Tätigkeiten als Auslegung für entgangenen Lohn gezahlt werden. In einem andern Schreiben fordert er von der Verwaltung die Befragung von andersgestimmten Arbeitern wegen der Verteilung von Flugblättern und wegen des Ausgangs von Versammlungseinladungen für eine Gewerkschaftsversammlung am schwarzen Brett. Wenn etwas geeignet ist, den arbeiterfeindlichen und unternehmerfreundlichen Charakter der NSD zu erkennen zu lassen, so die hier wiedergegebene Mitteilung. Wir wollen hier nicht über die Zweckbestimmung der Syndiz in Unternehmerverbänden rechten, es liegt allzu klar auf der Hand, daß ihre wesentliche Aufgabe die ist, die Interessen der Unternehmer durch Verschleierung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vertreten. Einen solchen Mann in den Dienst einer „Arbeiterpartei“ zu stellen, dürfte das hanebüchene sein, was bisher von der NSD bekanntgeworden ist. Die Arbeiter wissen nun wenigstens, daß die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation die freien Gewerkschaften bekämpft, um sie vermittels solcher Syndiz an die Unternehmer zu verkaufen und zu verraten.

Kronprinz wird Reichskanzler? Die Naziparole hat gerade noch gefehlt, um über ihre letzten Absichten keinen Zweifel offen zu lassen. Nachträglich wird von der Gauleiterkonferenz der NSD, die kürzlich unter dem Vorsitz Hitlers in München stattfand, gemeldet, daß u. a. der politische Beauftragte Hitlers erklärt hat, es wären für die Zeit nach dem 31. Juli folgende beiden Möglichkeiten gegeben und vorbereitet: 1. Die Reichstagswahl ergeben eine Mehrheit für die Rechte (NSDAP, Deutschnationale und hitlerfeindliche Splitter). Dann wird sofort eine neue Regierung unter Beteiligung der Nationalsozialisten und unter der früheren Kronprinzessin als Reichskanzler gebildet; Hitler selbst würde jedoch nicht in diese Regierung eintreten; sondern die Leitung der Partei behält. Diese neue Regierung würde fürs ganze Reich den Ausnahmezustand erklären und bestimmte Teile der Reichsverfassung außer Kraft setzen. Es wird sofort eine verfassunggebende Nationalversammlung gewählt; die Stimmabgabe soll eine öffentliche und kontrollierte sein. Bis zur Beendigung der Arbeiten dieser Nationalversammlung wird das parlamentarische System ausgegliedert sein. Der politische Beauftragte Hitlers erklärte hierzu, daß er zu diesem Plan der Unterfertigung, nicht nur der Billigung und der Neustrukturierung des „mächtigsten Mannes der Papen-Regierung, des Generals von Schleicher“ sicher sei. 2. Die Reichstagswahl ergeben keine Mehrheit für die Rechte. Sobald in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August dieses Ergebnis feststeht, wird Hitler an die Regierung Papen ein Ultimatum stellen, sofort die Reichswehr und die SA zur Übernahme der Macht aufzurufen; es sei auf das bestmögliche damit zu rechnen, daß die Reichsregierung diesem — wie erklärt wurde — „nicht unerwünschten“ Druck weichen wird. Im übrigen seien die Maßnahmen der NSD, heute bereits stark genug, um es auf eine Kraftprobe ankommen lassen zu können. Dieser zweite Fall sei in allen Einzelheiten vorbereitet. Kraftausreden und Lausungsstellen sind für das ganze Reich, vor allem für eine etwa erforderliche Zentrierung Berlins organisiert. Die in der Nacht zum 1. August erscheinende „Proklamation“ liege bereits vor, und die SA-Führer, die zur Befehung der künftigen Gebäude der Rundfunksender, der Flugplätze, der Eisenbahnknotenpunkte usw. bestimmt sind, hätten ihre Ordern erhalten. Schließlich seien besondere Truppen ausgeschickt zur Verhaftung der Führer der SPD, der Eisernen Front und der Gewerkschaften, damit mit einem einzigen Schlag diese Organisationen lahmgelegt werden. — Die Leute tun gerade so, als ob sie nur zugreifen brauchen, um die Macht zu übernehmen. Sie scheinen irgendwelche Widerstände gar nicht zu sehen. Vielleicht erklärt sich das daraus, daß die Arbeiterschaft bisher noch keine zwingende Ursache hatte, zu zeigen, daß sie auch noch da ist. Das könnte in diesem Fall leicht eintreten.

Erleuchtung der italienischen Faschisten? Wir haben schon viel von in Aussicht genommenen Maßnahmen der deutschen Faschisten gehört... ja, wenn sie erst einmal die Macht haben. Da es bis dahin noch etwas Zeit haben wird — man darf sich nämlich nicht durch ihre Großmäuligkeit beirren lassen —, geben wir im nachfolgenden die Äußerungen eines prominenten italienischen Wirtschaftsführers zur Frage der Arbeitszeit bekannt und empfehlen den Nazis, sich auch ihrerseits einmal zu dieser Frage zu äußern. Im faschistischen Regierungsorgan, dem „Popolo d'Italia“, wurde dieser Tage ein Interview mit dem Präsidenten der Fiat-Fabrik, Giovanni Agnelli, veröffentlicht, der an der Spitze des größten industriellen Unternehmens in Italien steht und um seine Meinung gefragt wurde, wie er sich einen Ausweg aus der heutigen Krise dachte. Er antwortete: „Einzig und allein durch eine Verteilung der Arbeitszeit und eine proportionale Erhöhung der Löhne.“ Und er begründete diese Ansicht in sehr ausführlicher und interessanter Weise. Worauf es heute vor allem ankomme, sei, das Verhältnis zwischen Waren-

